Abend-Ausgabe.
Mittwoch, 18. September.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.




Stettiner Zeitung.

№ 436.
Stettin, 1878.

Inserate: Die viergespaltene Petitzeile 15 Pf.
Redaction,
Druck und Verlag von R. Grassmann.
Kirchplatz Nr. 3.

Abonnements-Einladung.

Unser geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den auswärtigen, namentlich den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal täglich erscheinenden **Pommerschen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur **eine Mark fünfzig Pfennige.** Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark,** in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

5. Plenarsitzung vom 17. September.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{2}$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Abeken, von Mittnacht, Graf zu Eulenburg, Dr. v. Fäustle.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Berathung des Sozialistengesetzes.

Erster Redner ist der Abg. Dr. Hänel: Meine Herren, ich kann nicht sagen, daß die Debatte des gestrigen Tages zur Aufklärung der Sache, die uns beschäftigt, wesentlich beigetragen hat. Die Hauptfrage, die nicht zu umgehen, ist, wollen wir jener agitatorischen Bewegung gegenüber uns nach Mitteln umsehen auf dem Boden des gemeinen Rechts oder wollen wir diese Mittel suchen auf der Grundlage, die dieser Gesetzentwurf uns zeigt? Es waren ausgezeichnete Redner der liberalen Partei, welche im Frühjahr den Boden des gemeinen Rechts wollten, welche entschieden betonten, daß sie von diesem Boden nicht abweichen wollten, ohne daß ihnen vorher sonnenklar nachgewiesen würde, daß mit diesem Rechte nicht auszukommen sei. Wo ist seitdem der Nachweis hierfür geblieben? Etwa in den vorliegenden Motiven? Was liegt denn vor, um irgend Jemand, der im Frühjahr einen anderen Standpunkt eingenommen, zu bewegen, heute auf den Standpunkt dieses Gesetzes zu treten? Was liegt vor? das frage ich. Man hat auf das zweite fluchwürdige Attentat hingewiesen. Aber wo ist der Zusammenhang zwischen diesem Attentat und der Sozialdemokratie nachgewiesen? Und, meine Herren, wenn alle Bildungsmittel unserer Zeit nicht ausgereicht haben, solche Frevelthaten zu verhindern, so wird kein Gesetz der Welt in der Lage sein, sie zu verhindern. Oder ist etwa dieser Gesetzentwurf ein versöhnender, ein ausgleichender? Im Gegentheil, der Gesetzentwurf, wie er vorliegt, ist nicht eine Abschwächung, sondern eine Verschärfung des früheren Entwurfs. Der Gesetzentwurf ist meines Dafürhaltens absolut unannehmbar. Er trägt die Tendenz des Parteigesetzes in cynischer Weise an der Stirn. (Unruhe und lauter Widerspruch rechts, Bravo links.) So ist es in der That. Der Gesetzentwurf beraubt in der That die sozialdemokratische Partei der staatsbürgerlichen Rechte, oder ist das nicht ein Parteigesetz, welches der Preßfreiheit, der Versammlungs-, der Glaubensfreiheit für die sozialdemokratische Partei engere Grenzen als für andere Parteien, um ihrer Parteistellung willen, setzt? Und ist denn die sozialdemokratische die einige Partei, die einzige, deren Bestrebungen auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind? Sind nicht die Tendenzen der sogenannten Unitarier auf Untergrabung des bestehenden deutschen Verfassungsrechts gerichtet? (Zustimmung im Centrum.) Wollen nicht die weit gefährlicheren Partikularisten unsere schwer errungene Einigung zerstören? Sind nicht die preußischen Maigesetze aus dem Streben hervorgegangen, die kirchliche Suprematie, welche mit wesentlichen Grundlagen unseres Staatslebens unvereinbar, zu brechen und kann man also nicht die ultramontane Partei mit gleichem Rechte der „Untergrabung“ beschuldigen? Auch die Fortschrittspartei ist offiziell sogar angeklagt worden, daß sie die bestehende Staatsordnung angreife und untergrabe, und es ist wohl nur eine Frage der Zeit und Opportunität, wann dieses Gesetz auch gegen uns zur Anwendung kommen soll. Das Gesetz ist also ein Parteigesetz, es ist aber noch schlimmer, es ist ein Tendenzgesetz, welches unsere konstituirte Glaubens- und Gewissensfreiheit antastet. Der Gesetzentwurf hat nur eine einzige Rechtfertigung: daß er nämlich die Sicherheit des Erfolges in sich trägt. Hat er keinen Erfolg, dann ist er der schwerste politische Fehler, der je begangen worden. Aber welche Sicherheit für den Erfolg dieses Gesetzes haben Sie denn? Ich bin nicht im Stande, zu glauben, daß dieser Gesetzentwurf wirklich den praktischen Erfolg haben wird, den man voraussetzt. Es mag dies an meiner Erziehung liegen, denn ich bin in einem Hause geboren, dessen Haupt der stärksten Verfolgung ausgesetzt war, dessen vorhandene Schriften nicht blos verboten wurden, sondern auch diejenigen, die noch gar nicht existirten. (Bewegung.) Und diese Verfolgung hat nicht nur keinen Erfolg gehabt, nein, es hat den Mann noch in seinem Widerstande gekräftigt. Und um dieser Erziehung willen glaube ich nicht an die Wirksamkeit dieses Gesetzes. Sind Sie anderer Meinung, so nennen Sie mir ein Beispiel aus der Geschichte Es ist nicht wahr, daß das sozialistische Problem ein unsittliches, ein unwahres ist, es ist ein Kernpunkt geistiger Bewegung darin und die Agitation, die sich darum hüllt, ist ohne Schaden; das diese Agitation bewegende geistige Prinzip werden Sie nicht unterdrücken, jede Erfahrung spricht dagegen. Redner erinnert daran, daß wir zwei Kriege geführt und daß man es hinnehmen müsse, wenn in Folge derselben in gewissen Volksschichten die Bande der Anhänglichkeit und der Autorität zersprengt worden sind. Als spezifische Agitation der Sozialdemokratie trete lediglich die Aufreizung zum Klassenkampfe hervor, das sei das Häßliche der ganzen Agitation, die er verurtheile, obgleich sie nicht vereinzelt steht. Redner wiederholt zum Schluß, daß er diesem Gesetze nicht zustimmen, sondern dasselbe pure ablehnen müsse.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Nachdem ich 3 Monate abwesend gewesen, hatte ich nicht die Absicht, mich an der Diskussion der ersten Lesung zu betheiligen, ich wollte dieselbe vorzugsweise zu meiner Orientirung verwenden. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, so will ich mich nicht auf das Prinzipielle einlassen, es wird sich ja dazu in der Kommission Gelegenheit finden. Ich bin zum Reden gezwungen durch den Umstand, daß Herr Bebel gestern gewisse Andeutungen gemacht hat, die, wenn ich nicht widerspreche, leicht auf meine Kosten zunächst als Zeitungslüge verbreitet werden und allmälig an Konsistenz gewinnen. Auch einige Aeußerungen des Abg. Richter in der vergangenen Session nöthigen mich zu einigen Entgegnungen. Der Abg. Richter hat bei den Verhandlungen über die sogen. Hödel-Vorlage in meiner Abwesenheit angedeutet, ich hätte mich mit den Sozialdemokraten in Beziehungen befunden, die mir eine gewisse Verantwortung für deren Ausschreitungen auferlegten. Ich hätte nicht geglaubt, daß sich Herr Richter an den äußerlichen Buchstaben des Wortes „Sozialdemokratie“ anklammern würde, und daß er nicht zu unterscheiden vermöge zwischen dieser und dem Streben nach äußerlicher Verbesserung des Looses der arbeitenden Bevölkerung, die mir und gewiß uns Allen am Herzen liegt. Der Abg. Richter müßte doch unterscheiden zwischen einer Partei, die sich bis zum Königsmorde versteigt und jenen Bemühungen, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ich bitte also auf Aeußerungen meiner Vergangenheit nicht so oft Bezug zu nehmen. Es hat das gar nichts damit zu thun, was wir hier thun. Ich kann dabei nicht unterdrücken, meine Verwunderung darüber auszusprechen, daß der Abg. Richter die Sozialdemokratie in Wort und Schrift bekämpft und verfolgt, Maßregeln gegen sie aber nicht gutheißen will. Der Abg. Richter hat mir bei anderer Gelegenheit vorgeworfen, daß ich häufig behindert bin mich an den Geschäften zu betheiligen. Ich begreife nicht, wie er mir meine Krankheit zum Vorwurf machen kann. Ich habe diese Krankheit ehrlich verdient, und ich möchte deshalb das Benefizium für mich in Anspruch nehmen, wie der verwundete Soldat, der Invalide. Der Vorwurf enthielt einen Mangel von Zartgefühl; indessen Zartgefühl erwarte ich von Herrn Richter auch nicht. Ich wende mich nun zu dem Abg. Bebel. Bei dem nehme ich an, daß er aus Unwissenheit hier Andeutungen gemacht hat. Es ist ihm etwas erzählt, und er hat es geglaubt. Wenn er aus dieser Zusammenstellung von Wahrem und Falschem selbst seine Schlüsse ziehen will, dann hätte er ein Talent zu einem Korrespondenten der „Times“. (Heiterkeit.) Wenn dem Abg. Bebel erzählt worden ist, daß im September 1862 eines Sonntags in der Mitte des sozialistischen Comités in Leipzig ein Herr Eichler erschienen sei speziell in meinem Auftrage, so habe ich darauf zu bemerken, daß ich erst Ende September 1862 mein Amt angetreten habe. Ich kam damals aus dem Auslande und hatte daher keine Gelegenheit, mich mit einem unbekannten Manne, wie Herr Eichler, zu beschäftigen. Hat er erklärt, daß er in meinem Auftrage erschien, so war das einfach eine Lüge. Mir ist der Name Eichler allerdings bekannt, da er später Forderungen an mich gestellt für Dienste, die er nicht geleistet. Bei dieser Gelegenheit ist mir in Erinnerung gekommen, was Herr Eichler ist. Er befand sich im Dienste der Polizei und hat Nachrichten geliefert, die auch zu meiner Kenntniß gekommen sind. Im Uebrigen kann ich versichern, daß ich nie in meinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geschäftlich gehandelt habe und keiner mit mir. Herrn Lassalle rechne ich dazu nicht, der war eine viel vornehmere Figur wie seine Epigonen. Ich erkenne ja gern an, daß sich diese Partei niemals zum Werkzeug hat verwenden lassen, aber sie ist auch nicht dazu veranlaßt worden. — Fürst Bismarck geht dann auf die weiteren Mittheilungen Bebels näher ein und bezeichnet auch die Erzählung des letzteren, ein preußischer Prinz habe die Vermittelung zur Annäherung zwischen ihm und Lassalle übernommen, für Erfindung; Bebel hätte diesen Prinzen doch näher bezeichnen sollen, doch hätte es keiner prinzlichen Vermittelung für Lassalle bedurft, um sich ihm zu nähern. Herr Lassalle hatte allerdings das Bedürfniß, mit ihm in Beziehung zu treten, und er (der Redner) habe ihm das auch gar nicht schwer gemacht. Doch habe er ihn nur 3 oder 4 Mal gesprochen, doch hätten diese Zusammenkünfte nicht die Natur von politischen Verhandlungen gehabt. Was konnte, bemerkt Fürst Bismarck, er mir denn bieten, er hatte gar nichts hinter sich, er hatte nichts, was er mir als Minister bieten konnte. Aber er hatte etwas, was mir als Privatmann sehr angenehm war, er war ein sehr gebildeter, liebenswürdiger Mann, aber kein Republikaner. Er war national, ein Anhänger des deutschen Kaiserthums. Er war ehrgeizig in hohem Grade und ließ noch nicht erkennen, ob er sich ein Kaiserreich mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle vorstellte (Heiterkeit). Lassalle war ein bedeutendes Talent, mit dem ein Gespräch lehrreich und unterhaltend war und wünschte ich, daß ich einen Gutsnachbar hätte, der mir eine anregende, geistige und angenehme Unterhaltung bieten könnte. (Heiterkeit.) Im Uebrigen würde ich, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, mich zu sprechen, ihm ebenfalls zu Diensten stehen, denn ich wünschte in der That, einmal zu erfahren, wie sich Herr Bebel und seine Freunde den von ihnen angestrebten Zukunftsstaat denken (Bebel ruft: ganz gewiß!). Bis jetzt befindet sich darüber noch Alles im Dunkeln. Redner geht auf das allgemeine Stimmrecht ein, das er aus der Frankfurter Tradition übernommen habe. Er brauchte dieses populäre Wahlrecht als Mittel im Kampfe gegen unsere Nebenbuhler. Indem er eine Parallele zwischen den beiden in Deutschland bestehenden Wahlsystemen zieht, kommt er zu dem Schluß, daß das allgemeine Wahlrecht trotz der Auswüchse, die dasselbe geschaffen, doch nicht verwerflich sei, das andere System müßte erst ein besseres Examen ablegen. Auf die mit Chatoullenmitteln gegründete Produktivassociation, dessen Verfall er einräumt, eingehend, bemerkt der Redne daß aus diesem verfehlten Experiment noch erst der Schluß zu ziehen sei, daß es überhaupt ein schlechtes gewesen. Weiter erklärt der Fürst, daß er erst von dem Augenblicke an Aufklärungen über die Arbeiterbewegungen sich nicht mehr zugänglich gezeigt habe, da im Reichstage selbst von einer Seite die Pariser Kommune als politische Weisheit geschildert wurde, und daß man sich zu dem Evangelium dieser Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblicke war er (der Reichskanzler) ihr Todfeind, die er mit allen Mitteln zu bekämpfen entschlossen war. Ueber die Gefährlichkeit der sozialistischen Agitation hat uns die Presse dieser Partei nie in Zweifel gelassen. Jüngst noch las ich in einem sozialdemokratischen Blatte eine tendenziöse Darlegung der Zustände in Rußland, der zu den politischen Morden geführt habe. „Dicite moniti“, lernt, Ihr seid gemahnt“, so schloß der Artikel. Woran sollen wir nun gemahnt sein? Doch wohl vor dem Morde? Nun, den Terrorismus einer Gesellschaft von Banditen wollen wir nicht ertragen. Bewilligen Sie uns die Schutzmittel, die der Kaiser für seine Person, für seine preußischen Unterthanen, für unsere deutschen Landsleute von Ihnen verlangt. Wenn das Gesetz, das wir Ihnen vorschlagen, Opfer verlangt, man möge sie bringen mit der Ueberzeugung, daß es einer großen Sache gilt. (Beifall rechts, Bravorufe, Unruhe.)

Abg. v. Kleist-Retzow wendet sich gegen die Ausführungen Hänels. Das ganze Land sei in Entsetzen gerathen über die Attentate auf die geheiligte Majestät. Und wenn auch ein direkter Zusammenhang der Sozialdemokratie nicht nachgewiesen werden kann, so müsse doch der Taumel, in den sie die Gemüther versetzten, auch schließlich zum Königsmorde führen. Man höre nur, welche Sprache die Herren noch jetzt führen! Wie sie selbst nicht dazu sich verstehen, an den Glückwünschen des Reichstages zur Genesung des Kaisers theilzunehmen! Das System der Sozialdemokratie gipfelt nach dem Redner in Aufhebung des Grundeigenthums, des Erbrechts, der Ehe, der Familie. Auch haben die Sozialisten nur eine Methode, um ihr Programm zu verwirklichen: Das Streben nach gewaltsamem Umsturz, den sie von Legislation zu Legislation vorbereiten. Der Redner geht noch näher auf die Gemeingefährlichkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen ein, die er der Loslösung von jeder Religion und Sitte beschuldigt. Der Haß gegen die Besitzenden muß nothwendig von den Agitatoren in die Massen getragen werden, weil sie selbst noch die Früchte genießen wollen. Alle Thätigkeiten der Sozialdemokraten in Versammlung und in der Presse stellen sich dem Redner als Vorbereitungen zum Hochverrath dar. (Abg. Fritzsche ruft laut: „Denunziant“. Der Präsident weist diesen Ausdruck sofort als unparlamentarisch zurück). Das Verlangen Hänels sei somit ungerechtfertigt, aus erkennbaren Thatsachen zu strafen, da sich eben die ganze Thätigkeit der Sozialisten als Vorbereitung zum Hochverrath darstelle. Redner erklärt sich auch gegen die Zeitbeschränkung, da es für die Nützlichkeit der Zeitdauer gar keinen bestimmten Maßstab gebe. Mit der Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation sei die Bahn frei gemacht, denn die Sozialdemokratie sei ja nur der giftige Niederschlag der geistigen Bewegung im Volke. Nur durch die Irreligiösität sei ja allein ihre Verbreitung möglich gewesen und der Materialismus und Unglaube in den höheren und besitzenden Klassen sei Hauptursache der Verwilderung in den nicht besitzenden Klassen. Deshalb ist es nothwendig, daß das religiöse Bewußtsein wieder belebt werde, vor Allem in den gebildeten Klassen. Loslösung von Gott verhindert die Gottähnlichkeit der Menschen, damit sind and die Fesseln der Autorität und Zucht gelöst. Als Heilmittel für die grenzenlose Sittenlosigkeit der Zeit fordert er die Einführung der körperlichen Züchtigung. Redner klagt über die unglaublichen Verbrechen, die am besten beweisen, daß wir auf dem Wege zum Verderben sind. Mit der Bekämpfung der Uebel müsse die Heiligung alles Guten durch die christliche Religion Hand in Hand gehen. Alle guten Kräfte der Nation sollten sich vereinigen, um das alte deutsche christliche Volksleben wieder zu beleben und zu kräftigen. (Bravo rechts.)

Abg. Bebel zur Geschäftsordnung: Der Herr Präsident hat vorher ein Mitglied unserer Partei zur Ordnung gerufen, das Herrn von Kleist-Retzow mit dem Ausruf „Denunziant!“ unterbrach.

Ich habe dagegen nichts zu erinnern, aber ich meine, daß der Herr Präsident auch den Abg. von Kleist-Retzow hätte zur Ordnung rufen müssen, der unsere Partei und also auch uns, ihre Vertreter, beschuldigte, daß alle unsere Handlungen Vorbereitung zum Hochverrathe seien, also eines Verbrechens, welches das Strafgesetzbuch mit drei Jahren Zuchthaus bestraft. Es hätte auch der Reichskanzler zur Ordnung gerufen werden müssen (Oho, rechts) — die Geschäftsordnung muß doch für Alle im Hause gelten, einerlei, ob sie am Bundestisch oder im Hause sitzen. (Nein! rechts.) Der Reichskanzler hat von einem Gewährsmann, von dem er doch wußte, daß es der Abg. Fritzsche sei, behauptet, er habe mich angelogen, er hat am Schluß seiner Rede mich und meine Freunde ausdrücklich als Banditen bezeichnet und diese Aeußerungen verdienen meiner Meinung strengsten Ordnungsruf. Wir unsererseits sind durchaus geneigt, der Redefreiheit gegen uns die weitesten Grenzen zu ziehen, aber wir verlangen gleiches Recht auch für uns. Sollte diese Frage zweifelhaft sein, so würde ich sie jedenfalls zur Entscheidung der Geschäftsordnungs-Kommission gebracht sehen wollen.

Präsident v. Forckenbeck bemerkt zunächst unter Zustimmung des Hauses, daß die Entscheidungen des Präsidenten nicht der Beurtheilung der Geschäftsordnungs-Kommission unterliege. Was die Aeußerungen des Abg. von Kleist-Retzow anlange, so erkenne er an, daß derselbe sehr scharf gesprochen habe und bei einer jeden anderen Verhandlung würde er eine solche Sprache nicht zugelassen haben. Bei der Berathung eines Gesetzentwurfs, der ausdrücklich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichtet ist, mußte er auch die Ausführungen des Redners über die Vorbereitung zum Hochverrath, als welche sich alle Agitationen der Sozialdemokratie darstellen, als sachlich zulassen mit dem Vorbehalt, daß er sofort dem Abg. Bracke das Wort zur Vertheidigung geben wollte, was er hiermit konstatire. Was die Vorwürfe über mein Geschäftsverfahren gegen den Herrn Reichskanzler betrifft, fährt der Präsident fort, so halte ich es für meine Pflicht, die Würde und das Ansehen des Hauses gegen Jedermann zu wahren. Von diesem Standpunkte aus pflege ich die einzelnen Fälle zu prüfen und habe mir deshalb den stenographischen Bericht der Rede des Reichskanzlers kommen lassen. Der Präsident verliest die betreffenden Stellen und weist nach, daß der Reichskanzler dem Abg. Fritzsche keine Lüge vorgeworfen habe und daß auch seine Aeußerung, betreffend die „Banditen", unter denen er sitze, so allgemein gehalten war, daß sie auf die sozialdemokratischen Abgeordneten persönlich nicht bezogen werden konnte. Er habe also keine Veranlassung zu einer Korrektur finden können. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Bracke konstatirt unter großer Aufmerksamkeit des Hauses zunächst, daß Ursachen und Wirkungen der Sozialdemokratie vollständig verkannt und verwechselt worden. Es sei Unsinn, zu glauben, daß jemals ein sozialdemokratischer Arm mit dem Nobiling'schen Gewehr oder mit dem nihilistischen Messer sich gegen Personen wende, um Institutionen zu ändern. Nobiling sei zu seiner ruchlosen Handlung nicht in sozialdemokratischen Versammlungen angeregt worden, sondern eher durch die Gedichte von Braß, worin es heißt: „Wir färben roth, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut!" Oder es sei ihm der Lahrer „Hinkende Bote" aus der Zeit des Kulturkampfes in die Hände gefallen, der auch in Kulturkampfs-Politik machte. Aus solchen Quellen möge Nobiling den Antrieb zu seiner That geschöpft haben, nicht aus den Lehren der Sozialdemokratie. Dasselbe sei mit Hödel der Fall, dessen einzige menschliche Aeußerung der Klage über seine Erziehung gegolten. Auch in Rußland suchte man die Ursache der nihilistischen Umtriebe, mit denen die Sozialdemokratie keine Gemeinschaft habe, — in der Presse; aber man habe sie in den vergifteten Zuständen der russischen Gesellschaft gefunden. Der Nihilismus habe in Rußland seine Anhänger bis in die höchsten Kreise, denn selbst hochgestellte russische Richter haben die Wjera Sassulitsch freigesprochen. Die Zustände eines Landes erzeugten und nährten die Sozialdemokratie. Man sollte doch auf die Noth der Arbeiterwelt blicken, die obenein noch durch Entlassung aus den Fabriken und Werkstätten, durch Entlassungen, die nur in ihrer politischen Parteirichtung begründet sind, zur Verzweiflung getrieben wurden. Alle anderen Parteien erstreben Aenderung der bestehenden Verhältnisse, warum soll, was allen erlaubt, den Sozialisten verboten sein. Nicht weil sie Ausschreitungen begehen, sondern weil sie keine begehen, verfolge man die Sozialisten. Gegen eine revoltirende Partei hätte man unter allen Umständen leichtes Spiel gehabt. Die russischen Zustände sollten für Deutschland eine Lehre sein, statt den Ursachen zu begegnen, komme man mit Ausnahmegesetzen! — Die sozialdemokratische Presse habe man auch des Zusammenhanges mit Anarchisten beschuldigt, zu denen sie doch im schärfsten Gegensatze stehe, weil diese die Besserung der Arbeiter nur in einem Zustande völliger Gesetzlosigkeit erblickten. Graf Eulenburg irre, wenn er meine, diese extreme Richtung habe schon die Oberhand über die sozialdemokratische gewonnen. Die Sozialdemokratie wolle nur, daß die Einrichtungen des Staates volksthümlicher würden und in diesem Streben hat sie viele Mitschuldige. Marx denke sich die Entwickelung der Dinge so, daß der Konzentration des Kapitals in immer wenigeren Händen entgegengearbeitet werden müsse und daß an Stelle des Privatbesitzes der gesammten Kapitalien der Kollektivbesitz derselben trete. Dies sei auch gar nichts Neues; auch heute expropriire der Staat viele Besitzer zu Gunsten seines Gesammtlebens. Das einzige Eigenthumsrecht, welches die Sozialdemokratie fordere, sei das Recht des Arbeiters an dem Ertrage seiner Arbeit. Die Post sei bereits ein sozialistisches Institut. Aehnliches werde sich auch auf anderen Grundlagen erreichen lassen, nur müsse die Leitung auf sozialdemokratischer Grundlage gestellt werden. Die sozialdemokratische Idee sei so edel, wie denkbar, da es nichts Schöneres geben könne, als das Wohl des Anderen zu fördern. Der vorliegende Gesetzentwurf erzeuge mehr Haß als alle sozialdemokratischen Broschüren. Die allerdings nothwendige Umwandlung unserer politischen und ökonomischen Verhältnisse brauche nicht auf gewaltthätige Weise zu erfolgen. Die Sozialdemokraten thäten das Menschenmögliche, um diese friedliche Entwickelung zu fördern. Gerade die Gesetzmäßigkeit des Auftretens der Sozialdemokratie sei es, weshalb sie für gefährlich erachtet werde. Wenn sie Front macht gegen dieses Gesetz, so geschehe es nicht, weil sie für ihre Sache fürchtete, sondern weil sie nicht wollten, daß die bürgerliche Freiheit geschädigt werde.

Abg. Dollfuß verliest eine längere Rede, die jedoch wegen seines schwachen Organs auf der Tribüne nicht zu verstehen ist. Er weist darauf hin, daß die Arbeitgeber in Deutschland zu wenig humanitäre Bestrebungen unterstützen und sich auch nicht in ausreichendem Maße um das Loos ihrer Arbeiter bekümmern. In Elsaß-Lothringen, wo diese Bestrebungen in vollem Maße von den Fabrikanten gefördert würden, gäbe es notorisch keine Sozialdemokraten. Er verweist ferner darauf, daß er selbst große Arbeiterhäuser aus eigenen Mitteln erbaut und so sei in dem industriereichsten Theile des Reichslandes ein dauernd gutes Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hergestellt worden. Er und seine Landsleute werden gegen das Gesetz stimmen.

Abg. v. Kardorff entwickelt den Standpunkt der freikonservativen Partei zu der Vorlage, der sich von dem der konservativen Partei wenig unterscheidet. Er hält die Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie für vollständig erwiesen, so harmlos, wie sie Bracke und Bebel dargestellt, sei sie keineswegs. Er halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie, wenn sie ihre Ziele erreichen will, schließlich auch zu solchen Mitteln greifen wird, die hier angedeutet werden. Halbe Maßregeln könnten nichts helfen, doch sei er bereit mit der nationalliberalen Partei die Vorlage sorgfältig zu prüfen, aber er müsse schon jetzt bemerken, daß es eine Grenzlinie gebe, über welche hinaus seine Partei mit den Nationalliberalen nicht gehen könne. Diese Grenzlinie sei die Wirksamkeit dieses Gesetzes. Gelinge eine Einigung nicht, schwäche man es so weit ab, daß es unwirksam bleiben müsse, dann könne er nicht mit der nationalliberalen Partei stimmen.

Abg. v. Jazdzewsky bezeichnet den vorliegenden Gesetzentwurf als ein Unikum, weder in Frankreich noch in England sei ein solches Gesetz vorhanden Was das heißt, der Polizei politische Machtmittel in die Hände zu geben, das hätten die Polen erfahren. Dadurch wären sie dahin gekommen, daß sie schließlich verwildern und verdummen müssen. Die Vorlage enthalte die größte Ungerechtigkeit, die einem Staatsbürger zugemuthet werden kann. Das Gesetz werde nicht die Schuldigen, sondern die Unschuldigen treffen und von den Polen werde man nicht erwarten, daß sie ihre Hand dazu bieten sollen, Unschuldige zu bestrafen. Die Polen würden deshalb gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Richter-Hagen erklärt persönlich, daß ihm nicht bekannt sei, daß er dem Fürsten Bismarck einen Vorwurf wegen seines Krankheitszustandes gemacht habe. In den Verhandlungen über das frühere Sozialistengesetz sei hiervon mit keiner Silbe die Rede, er sei aber weiter in den parlamentarischen Verhandlungen zurückgegangen und da habe er gefunden, daß er im November 1875 eine Rede gehalten, die vielleicht zu der gehörten Bemerkung Veranlassung gegeben haben könne Darauf habe er, der Reichskanzler, aber bereits vor länger denn zwei Jahren geantwortet. Was die übrigen persönlichen Angriffe anlangt, so müsse er auch diese als nicht zutreffend zurückweisen. Was seine Abstimmungen anlange, so könnte der Reichskanzler denselben Vorwurf der konservativen Partei machen, denn diese habe bei der Gewerbe-Ordnung ebenfalls mit der Sozialdemokratie gestimmt. Wenn übrigens Fürst Bismarck in wirthschaftlichen Fragen auf den betretenen Wegen weiter fortschreite, so werde er für dieselbe bei den Sozialdemokraten mehr Unterstützung finden, als bei der Fortschrittspartei.

Abg. Bebel sucht ebenfalls in persönlicher Bemerkung seine gestrigen, vom Reichskanzler bestrittenen Behauptungen richtig zu stellen, soweit sie mißverstanden worden seien.

Weiter sprachen noch persönlich Dr. Bamberger, der einige gegen ihn gerichtete Angriffe des Abg. Bracke zurückweist, und Liebknecht, der sich gegen v. Kleist-Retzow wendet, v. Kleist-Retzow, der Alles gegen Bebel Gesagte aufrecht erhält, und Hänel, der sich gegen Bamberger wendet.

Der Gesetzentwurf wird hierauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: 1) Antrag Bracke; 2) Wahlprüfungen.

Schluß 5 Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 18. September. Mit Allerhöchster Genehmigung wird der „Provinzial-Landtag der Provinz Pommern" am 10. Oktober hier zusammentreten.

— In der Woche vom 8. bis 14. d. Mts. sind hierselbst unter 33 Verstorbenen 16 Kinder unter 5 Jahren; von denselben starben 2 an Abzehrung, 3 an Krämpfen, 5 an Durchfall, 3 an Fieber und Grippe und 3 an Keuchhusten, Entzündung der Lunge ꝛc.

Greifswald, 16. September. Nach einer der „Str. Ztg." zugegangenen glaubwürdigen Mittheilung ist nunmehr die Voruntersuchung wider den Lehrer Th. in Gützkow-Wieck wegen Giftmordes, über die wir seiner Zeit berichtet haben, abgeschlossen und von der königl. Staatsanwaltschaft der Antrag auf vorläufige Versetzung des Angeschuldigten wegen Mordes in den Anklagestand gestellt worden.

Das in der Baderstraße belegene, der Stadt gehörige Haus, die alte Rathsschreiberei, in welcher 1462 Rubenow erschlagen wurde, niederzureißen, hatten bereits vor längerer Zeit die hiesigen städtischen Behörden beschlossen, weil es baufällig und anderweitig unbenutzbar sei. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß das alte Gebäude aus kunsthistorischen Rücksichten und wegen seiner lokalgeschichtlichen Bedeutung erhalten werden müsse, hatte der Vorstand der rügisch-pommerschen Abtheilung der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Alterthumskunde sich bei der königlichen Regierung und dem königlichen Oberpräsidium um Konservirung des Hauses verwandt. Nachdem das ursprünglich erlassene Inhibitorium zurückgenommen worden ist, hat vorgestern der Abbruch des Gebäudes begonnen.

* **Filehne**, 14. September. Am 11., 12. und 13. September fand im Pädagogium Ostrau (Ostrowo) unter Vorsitz des Provinzial-Schulraths Dr. Tschackert aus Posen die Entlassungs-Prüfung statt. Sämmtliche 26 Zöglinge, welche die Anstalt zur Prüfung stellte, erhielten das Reifezeugniß, womit die Berechtigung zum einjährigen Dienst ihnen zugesprochen wird.

Stadt-Theater.

„Egmont", Trauerspiel in 5 Akten von Göthe, Musik von Beethoven.

Während zur Wiedereröffnung unseres Stadttheaters „Die Hugenotten" am Montag ein einigermaßen besetztes Haus erzielten, vermochte die gestrige Aufführung von „Egmont" ein quantitativ nur sehr geringes Auditorium anzulocken, ein um so bedauerlicherer Umstand, als solche bereits als eine recht gelungene bezeichnet werden darf. Daß den Darstellern, einer kaum nennenswerthen Zuhörerschaft gegenüber, Lust und Liebe zur Arbeit blieb und sie sich eifrigst bemühten, solche auf das Beste zu lösen, wurde von dem dankbaren Publikum durch oftmaligen Applaus und Hervorruf anerkannt und gelohnt. — Von Göthe's hervorragenden Dramen kennzeichnet „Egmont" am besten jene Eigenthümlichkeit dieses großen Dichters, sich bei der Entwicklung von Charakteren mehr dem Reinmenschlichen, Psychologischen, als dem objektiv Historischen zuzuwenden. Wir finden daher den Charakter des Göthe'schen „Egmont" anders aufgefaßt und entwickelt, als ihn die Geschichte gezeichnet hat, obwohl Dichtung und Wahrheit ihm ein gleich trauriges Schicksal bereiten.

Graf Egmont wurde von Herrn Brüning in edler Auffassung wiedergegeben. Sprache, Haltung und Spiel bewegte sich in durchaus künstlerischen Grenzen und deutete besonders in den Glanzpunkten des Dramas, in den herrlichen Szenen mit Klara, Alba und Ferdinand, die auf der einen Seite den sorgvergessenen, glücklichen Liebhaber, auf der anderen aber den tapferen, edlen Helden erkennen lassen, darauf, daß wir es mit einem begabten Künstler zu thun hatten. Fräul. Warczawska, die Darstellerin der Klara, riß uns durch ihr tief empfundenes Spiel oftmals zu gerechter Bewunderung hin. Eine angenehme Erscheinung, ein gefälliges, biegsames und klangvolles Organ, eine korrekte, saubere Deklamation und ein vortrefflich nüancirtes Spiel werden Frl. Warczawska bald zum Liebling unseres Theaterpublikums machen. Führte sie in den ersten Akten die natürliche, durch ihre Liebe zu und von Egmont beglückte, einfache, treue und biedere Bürgerstochter schon zu unserer Zufriedenheit vor, so rang sie uns dennoch in dem dramatisch so reich und wirkungsvoll angelegten fünften Akt als die in richtiger Würdigung der an Egmont verübten Schmach zur Heldin entflammte Tochter des Volkes die größere Bewunderung ab. Der Herzog Alba des Herrn Linzen war eine recht gute Leistung. Ebenso befriedigten der Ferdinand des Herrn Buchspieß und der sentimental und schwärmerische Brackenburg des Herrn Engelsdorff. Besonders erwähnt zu werden verdient noch der Vansen des Herrn Grünberger, der als eine höchst vortreffliche Leistung bezeichnet werden darf. Wir glauben in Herrn Grünberger einen tüchtigen Charakterspieler kennen gelernt zu haben und wünschen recht bald mit ihm eine nähere Bekanntschaft zu machen. Die frischen erheiternden Szenen des niederländischen Volkslebens wurden recht brav zur Darstellung gebracht. Die zum „Egmont" als Ouverture, Zwischenakte und Gesang von Beethoven komponirte Musik ist als besonders stimmungsvoll und schön zu bezeichnen und wurde von dem Orchester unter umsichtiger Leitung des Herrn Kapellmeisters Kriebel sauber und ansprechend zum Vortrage gebracht. Als ergreifende, hervorragende Seelengemälde zu bezeichnen sind besonders die den Tod Klara's wie den Traum Egmonts andeutenden und begleitenden Gesänge des fünften Akts.

Wir glauben nach dem Urtheil dieser ersten dramatischen Vorstellung der Direktion ein recht günstiges Prognostikon stellen zu können und wünschen, im materiellen Interesse derselben, dem Theater baldigen lebhafteren Besuch.

H. v. R.

Vermischtes.

— (Ein farbiger Prediger) in Georgia begann den Gottesdienst mit der Ankündigung einer Kollekte für einen frommen Zweck und fügte hinzu: „Aber um der Ehre Gottes willen, wer es auch sei, der gestern Mr. W . . . s Schaf gestohlen hat, er lege ja nichts auf den Teller." Die Andächtigen steuerten ohne Ausnahme bei.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 17. September. Offizielle Meldung. Die Offensiv-Operationen, welche am 14. d. mit dem Uebergang über die Save unter FML. Bienerth begannen, haben bisher einen ungestörten Verlauf genommen. Die Truppen hatten am 15. Abends die Linie von der Save über Sacova und Gradacac gegen Dobna hin bereits besetzt, das strategisch wichtige Gradacac fast ohne Kampf in Besitz genommen und sofort die Entwaffnung der dort befindlichen Aufständischen eingeleitet. Im dortigen Kastelle wurden zwei Kanonen vorgefunden. Die christlichen Gemeinden empfingen die Truppen an allen Orten mit Versicherungen ihrer Ergebenheit. Graf Sapary unternahm ebenfalls von Doboj aus eine Aktion und entsandte am 15. d. d. früh stärkere Rekognoszirungs-Detachements gegen die Aufstellung des Feindes. Es entspann sich ein bis 8 Uhr früh dauerndes Plänklergefecht, in welchem Lieutenant Manz vom 4. Jägerbataillon und 20 Mann verwundet wurden.

Eine am 16. d. mit Tagesanbruch gegen Gracanica vorgeschobene Abtheilung fand diesen Ort von den Insurgenten verlassen, welche sich theils nördlich, theils gegen Dolnituzla zurückgezogen hatten.

Wien, 17. September. Die „Polit. Corresp." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel: Der Pforte wurde Seitens Rußlands die Auskunft ertheilt, daß der Effektivbestand der bulgarischen Armee auf Kriegsfuß 80,000 Mann betragen werde.

Aus Bukarest: Die Direktion der russischen Bahnstrecke Bender-Galatz ist angewiesen worden, ihren Sitz von Galatz nach Bender zu verlegen. In Bessarabien trafen die rumänischen Verwaltungsbehörden Vorkehrungen, ihre Funktionen einzustellen und nach Rumänien zurückzukehren.

Wie verlautet, soll demnächst eine österreichisch-rumänische Kommission behufs Durchführung einer kleinen Grenzregulirung bei Mamornitza in der Nähe von Bojon zusammentreten.

Paris, 17. September. Der Justizminister Dufaure hat auf das anläßlich des Verbotes des Sozialisten-Kongresses von Louis Blanc veröffentlichte Schreiben erwidert, die Regierung habe die Gesetze auf das Gewissenhafteste beobachtet; er könnte dies leicht beweisen, doch würde es nicht angezeigt sein, eine Diskussion über die Frage herbeizuführen, da die Gerichte bereits mit der Frage befaßt seien. Mehrere Deputirte beschlossen heute nach Mittheilung dieses Schreibens, da die Kammern nicht beisammen wären, auf diese Angelegenheit nicht weiter einzugehen